

## **Appell an die Deutsche Bundesregierung: Keine weiteren Ausweisungen von durch Verfolgung bedrohten Christen in ihre Heimatländer**

Nachdem vielfach in den Medien über weltweite Christenverfolgungen berichtet wurde, entschloss sich ein Gremium aus Vertretern damit befasster christlicher Arbeitskreise u.a. des **Christlichen Medienverbundes KEP e.V.** als Veranstalter, zur **1. Pressekonferenz** am 10.10.07 mit dem Schwerpunktthema: „**Christenverfolgung**“ in den Pressesaal der Bonner Bundespressekonferenz einzuladen.

Vor ca. 30 Teilnehmern moderierten und berichteten der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz **Hartmut Steeb**, **Wolfgang Baake** vom christlichen Medienverbund KEP e.V., **Prof. Dr. Thomas Schirmacher**, Internationales Institut Religionsfreiheit – Menschenrechte u. verfolgte Christen. **Tilman Zülch** Generalsekretär der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und **Pastor Samuel Feng**, der hierzu eigens aus China gekommen war.

**Hartmut Steeb (DEA)** erläuterte, dass erstmalig 1855 die Deutsche Evangelische Allianz in Paris für einen konfliktfreien Konfessionswechsel, also für die Religionsfreiheit aller Gläubigen eingetreten sei.

Schon bei der Gründungsversammlung vom 19. August bis 2. September 1846 hatte sich die Evangelische Allianz neben der Festlegung einer Glaubensbasis auf der Grundlage reformatorischer Bekenntnisse auch klar gegen jede Form der Sklavenhaltung ausgesprochen.

In diesem Sinn ist die 1846 in London gegründete Bewegung seit 161 Jahren nicht nur ein Zusammenschluss von Christen, sondern auch eine der **ältesten Menschenrechtsorganisationen**. Der Einsatz für Menschenrechte gehört zu den vorrangigen Aufgaben der heute in 128 Ländern global vertretenen Ev. Allianz.

Ziel und Aufgabe der Evangelischen Allianz ist es, als Kontrapunkt zur immer weiter ausufernden Zersplitterung der Christenheit in Konfessionen und Denominationen, das gemeinsame Zeugnis der Christen zu stärken.

Religionsfreiheit, so **Prof. Dr. Thomas Schirmacher**, frage auch nach den Grenzen von Religionsfreiheit. Es stünde Christen wie Muslimen zu, Religion in Freiheit auszuüben und es sei wichtig, die Freiheit Andersgläubiger zu respektieren und tolerieren.

In China wahrt man zum Thema Christenverfolgung neuerdings das Gesicht. Anlässlich der bevorstehenden Olympiade 2008 versuche das Regime bereits im Vorfeld, mögliche Großevangelisationen (Mission) zu unterbinden.

Nachdem die Strategie der Verfolgung und Bedrohung nicht registrierter Hauskirchen, die sich nicht der Kontrolle des kommunistischen Regimes unterwerfen wollten, wenig erfolgreich war, bemühe man sich in Regierungskreisen nach außen hin um einen guten Eindruck: „Weg vom bösen Blick hin zum positiven Gesichtsausdruck, einer Verführung durch Freundlichkeit“, so **Pastor Feng**.

Auf Auslandsreisen und verstärkt über die westliche, auch christliche, Presselandschaft, verkünden Vertreter staatlich anerkannter Kirchen größere Religionsfreiheit in der Volksrepublik. Verfolgung und Diskriminierung der namenlosen, nicht registrierten Hausgemeinden würden heruntergespielt. Staatlichen Angaben zufolge gibt es unter den 1,3 Milliarden Chinesen etwa 130 Millionen Christen. Die staatlich sanktionierte protestantische Drei-Selbst-Bewegung und der Chinesische Christenrat repräsentieren nach offiziellen Angaben 18 Millionen Mitglieder. Von den etwa 20 Mill. Katholiken gehören rund sechs Millionen regimetreuen Kirchen an. Vor Journalisten zeichnete die Präsidentin des Chinesischen Kirchenrates (CCC), Pfarrerin Cao Shengjie, im Juni 07 anlässlich des Ev. Kirchentages in Köln ein positives Bild der staatlich anerkannten Kirchen in China. Berichtet wurde von starken Gottesdienstbesuchen und dem Druck und der Verbreitung von 43 Millionen Bibeln in China. Sie war der Meinung, dass Christen, die inhaftiert seien, eine kriminelle Handlung begangen haben müssten.

(Quelle: idea e.V., Wetzlar, Märtyrer 2007)

Über andere, eigene Erfahrungen, berichtete Pastor **Samuel Feng**. Erst kürzlich wurde seine, seit neun Jahren bestehende Bibelschule bedroht und seine Studenten inhaftiert. 33 Studenten sahen sich 10 Tage lang immer wieder „besonderen Befragungen“ ausgesetzt, die nur für diese in U-Haft befindlichen politischen Fälle angewandt werden. Von einem ehemals 56 Tage lang inhaftierten Christen wusste Pastor Feng, dass er in diesem Zeitraum 77 Mal gefoltert worden war. Die Bibelschule, so der 78 jährige Pastor, sei inzwischen geschlossen worden. Um seinen Studenten das Arbeitslager zu ersparen, habe er pro Person 2000 Yen (200 EUR) sammeln müssen, da seiner Bitte um Unterstützung aus den staatlich registrierten Kirchen nicht entsprochen worden sei. Auch wird seitens des Regimes der Kontakt zu Auslandchinesen wie zu ausländischen Christen verboten. Pastor Feng lebt in London. Er verbringt jedoch 10 Monate des Jahres in Hongkong, da sich bisher noch kein Nachfolger für seine Kirche fand.

Ebenso hat besonders für Christen im Irak das Ausmaß an Verfolgung dramatisch zugenommen. Tilman Zülch, Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker - Deutschland, macht auf die Situation der Assyro-Chaldäer, einer christlichen Minderheit im Irak, aufmerksam. Im Irak ziehen die gewaltsamen Ausschreitungen fanatischer islamischer Fundamentalisten eine Blutspur durch das Land. Bei Sprengstoffanschlägen und Selbstmordattentaten kommen viele Menschen der irakischen Zivilbevölkerung ums Leben. Besonders die Angehörigen einer christlichen Minderheit, der Assyro-Chaldäer, werden Opfer gezielter Verfolgung. Die Angriffe richteten sich gegen religiöse Einrichtungen, gegen Geschäfte, Wohnungen und sonstige zivile Einrichtungen der Christen, so Zülch. Für Christen im Irak wird der tägliche Weg zur Arbeit, in Geschäfte oder öffentliche Einrichtungen zum Spießrutenlauf. Sie werden überfallen, entführt, gefoltert und ermordet. Viele Assyro-Chaldäer wurden Opfer besonders brutaler Morde, Enthauptungen und Leichenschändungen. Frauen und Mädchen werden vergewaltigt. Eine Einschätzung über das Ausmaß der Verfolgung sei schwierig, so Zülch, da gegen die gewaltsamen Übergriffe auf die Assyro-Chaldäer aus Furcht vor weiterer Verfolgung selten Anzeige erstattet wird. Die fast 2000-jährige Geschichte des Christentums auf dem Gebiet des heutigen Irak gehe auf ein Ende zu. Von den rund 650.000 Christen des Irak sind schon drei Viertel in die Nachbarländer Syrien, Jordanien und nach Kurdistan geflohen. Zurück bleiben nur die Alten, Kranken und Mittellosen, die sich eine Flucht nicht leisten können. Doch die Situation der irakischen christlichen Flüchtlinge in den Nachbarländern sei schlecht. Ohne Arbeitserlaubnis sei ihre wirtschaftliche und soziale Lage sehr schwierig. Irakische Flüchtlinge in Deutschland befänden sich im Status der Duldung, dürften nicht arbeiten und ihnen drohe die Abschiebung. Zülch spricht sich dafür aus, dass Deutschland verfolgte Christen aufnimmt und in Entwicklungshilfe für die Situation der Assyro-Chaldäer in Syrien und Jordanien investiert.

Weitere Konferenzen finden am Abend in Marburg mit Dr. Christean Wagner, Fraktionsvorsitzender der CDU im Hessischen Landtag, und morgen, am 11.10.07, mit Erika Steinbach MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte der CDU/CSU Fraktion im Bundestag und Günther Nooke, Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung, in Berlin statt.

Ines Palau  
Karola Conrads-Butenhof  
(Öffentlichkeitsarbeit der Evangelischen Allianz Bonn)